

Parteien zur Wahl



„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet.

Gefragt haben die *Nachrichten aus der Chemie*, das *Physik Journal* und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?

Die öffentliche Forschungsförderung muss den Strukturwandel der Wirtschaft für einen Wechsel zu einer solidarischen und ökologischen Ökonomie nutzen. Wenn wir massiv in erneuerbare Energien und Effizienztechniken investieren, ist eine Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch möglich. Weder zukunftsfähig noch innovationsfördernd ist die Forschungsförderung von Exportindustrien und Großunternehmen. Unser Schwerpunkt liegt auf regionalen Wirtschaftskreisläufen, öffentlicher Infrastruktur und gemeinnütziger Perspektive. Innovative KMUs wollen wir auch in der Krise unbürokratisch über die KfW, die Ausweitung des High-Tech-Gründungsfonds und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und Strategieberatung fördern. Stärker berücksichtigt werden muss dabei die Vorfinanzierung der Markteinführung. Wichtig für Innovationen ist der Open-Source-Ansatz, hingegen innovationsfeindlich die fortschreitende Patentierungstiefe, die rechtlich eingeschränkt werden muss.

Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?

Risikotechnologien wie die Atomkraft und die unterirdische Verklappung von Kohlendioxid binden Geldmittel, die für eine Energiewende benötigt werden. Diese Mittel wollen wir für Energieeffizienz, -speicherung und erneuerbare Energien einsetzen. Erleichtern wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Fachhochschulen. Industriegeführte Forschung mit öffentlichen Mitteln, von der meist nur die Unternehmen profitieren, wollen wir hingegen beenden. Öffentliche und gemeinnützige Institutionen sollen zu Auftraggebern für die Forschung werden. Priorität genießen dabei die Erneuerung des Verkehrssystems, der dezentralen Energieversorgung, der öffentlichen Verwaltung sowie kostengünstige Verfahren und Dienstleistungen in Medizin und Pflege.

Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3% des BIP?

Das 3 Prozent-Ziel der Lissabonstrategie reduziert Forschungs- auf Wettbewerbspolitik und Innovationen auf das Ergebnis von Angebotspolitik. Unternehmerische FuE-Ausgaben lassen sich aber vor allem steigern, wenn die Nachfrage nach Innovationen in der Gesellschaft gestärkt wird.

Angesprochen sind die private Kaufkraft durch eine sozial gerechte Lohn- und Steuerpolitik; öffentliche Nachfrageprogramme und eine Vergabep Praxis, die sich an sozialen und ökologischen Innovationen beim Ausbau der baulichen, IT, Verkehrs- oder Gesundheitsinfrastruktur orientiert; und schließlich ein innovationsfreundliches gesellschaftliches Klima, das nicht durch Standortdebatten, sondern öffentliche Diskussionen über Gebrauchswert und Auswirkungen von technischen und anderen Innovationen entsteht.

Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) lassen sich am wirkungsvollsten stärken durch verbesserte Kreditbedingungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und gezielte Förderprogramme. Eine pauschale steuerliche Förderung der unternehmerischen FuE-Ausgaben lehnen wir ab. Der internationale Vergleich zeigt, dass gerade europäische Länder ohne eine solche Förderung, wie etwa die Schweiz, Schweden oder Finnland, zu den innovationsfähigsten gehören, während etwa die Niederlande mit steuerlicher FuE-Förderung seit Jahren sinkende FuE-Anteile in der Wirtschaft beklagen müssen.

Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

Der Klimagas-Ausstoß in Deutschland muss bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Dafür braucht es den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und einer Energieeffizienz-Offensive: strengere Standards für den Energieverbrauch, „Top-Runner“-Programme für Elektrogeräte und ein Energiesparfonds mit Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte. Damit Stromnetze für einen schnell wachsenden Anteil erneuerbarer Energien umgebaut werden können, gehören sie in die öffentliche Hand. Umweltgerechte Mobilität für alle bedarf u. a. eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs.

Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

Öffentliche Förderung wollen wir auf effiziente und erneuerbare Energien begrenzen und so effektiv die Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärme fördern. Weiterentwickeln wollen wir die Nutzung der Sonnenstrahlung, der Windkraft und insbesondere der Geothermie. Dazu gehören auch eine leistungsfähige Energiespeicherung sowie dezentrale Netzeinspeisung. Ein Schwerpunkt sollte die Nutzung von Energiepflanzen für hocheffizientes Biogas, nicht aber für Biokraftstoffe sein. Bioenergieforschung muss auch

mit nachhaltigen Nutzungskonzepten für Regionen verzahnt werden. Konzepte und Technologien für energieeffiziente Mobilität sind schließlich Voraussetzung für eine Verkehrswende.

Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?

DIE LINKE setzt sich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft ein. Der Betrieb von Atomanlagen birgt unverantwortlich hohe Risiken und die Endlagerfrage ist nach wie vor ungelöst. Atomkraftwerke blockieren zudem den notwendigen Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien mit meist dezentraler Energienerzeugung. Zukünftig werden als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien leicht hoch- und herunterfahrbare Kraftwerke gebraucht (z.B. Gaskraftwerke), dafür sind AKWs viel zu inflexibel.

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern?

Wir halten an der Forschung an embryonalen Stammzellen nur so lange fest, bis alternative Methoden der Gewinnung von pluripotenten Stammzellen gefunden sind. Während wir forschendes Klonen unterstützen, lehnen wir Klonen für kommerzielle Zwecke ab. Bei der Vergabe von Lizenzen für Arzneimittel- oder Impfstoffe aus öffentlich geförderter Forschung drängen wir auf kostengünstige Lizenzen für Entwicklungsländer. Die Agro-Gentechnik lehnen wir ab und fordern für transgene Pflanzen eine öffentliche, konzernunabhängige Begleitforschung. Stärker fördern wollen wir die Erforschung effizienter und schadstoffarmer Biogase. Für nanotechnologisch hergestellte Lebensmittel und –zusatzstoffe braucht es ein Moratorium, solange mögliche Risiken nicht erforscht sind.

Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

DIE LINKE hält die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe Bildung von Bund und Ländern für unumgänglich. Bei öffentlichen Ausgaben für Bildung liegt unser Ziel beim OECD-Durchschnitt von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bundesweit stünden damit 50 Milliarden mehr zur Verfügung und würden u.a. ein gebührenfreies Studieren für alle ermöglichen. Notwendig ist ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz, das einen offenen Hochschulzugang ohne individuelle Auswahlverfahren durch Hochschulen ermöglicht und Studieren für Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung regelt. Statt Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative sollte der Bund zusammen mit den Ländern höhere Grundmittel für Lehre und Forschung an den Hochschulen finanzieren.

Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

Um Hochschulen Planungssicherheit zu geben, muss der Hochschulpakt II sofort auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Die Attraktivität der Hochschulen wird zudem erhöht, wenn prekäre Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugunsten von mehr Dauerstellen neben der Professur zurückdrängt werden. Verbreitet unbezahlte Lehraufträge und dauerhafte Befristungen bei Drittmittelbeschäftigten sind weder für die Beschäftigten noch für den Teamaufbau an Instituten länger tragbar. Die Bezahlung und Absicherung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könnten wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen für den Öffentlichen Dienst verbessern.

Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

Die Hochschulen sind seit Jahren unterfinanziert. Zwei Studierende teilen sich im Schnitt einen Studienplatz. DIE LINKE fordert, den Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze deutlich zu erhöhen und an realen Studienplatzkosten zu orientieren. Um mittelfristig den Anteil von Studierenden in der Gesellschaft zu erhöhen, muss der Bund ggf. die Länder dabei unterstützen, höhere Grundmittel für die Hochschulen zu finanzieren. Nur so werden insgesamt mehr Stellen an den Hochschulen geschaffen, die Betreuung im Studium verbessert und kommende Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht vor verschlossenen Hochschultüren stehen. Damit sich alle ein Studium leisten können, fordern wir den schrittweisen Ausbau des Bafög zum elternunabhängigen Vollzuschuss.

Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

Nur 15 Prozent der Bachelor-Studierenden geht für ein Praktikum oder ein Semester ins Ausland, da die Zeit im Studium knapp ist und Auslandsaufenthalte vor allem vom eigenen Geldbeutel abhängen. Zudem werden nur ein Drittel der Studienleistungen aus dem Ausland anerkannt. Die soziale Förderung von Auslandsaufhalten und die Leistungsanerkennung muss daher dringend und der Zeitdruck im Bachelor gesenkt werden. Ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer ihres Studiums bzw. ihrer Beschäftigung.

Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?

Die Rahmenbedingungen für private Stiftungen in Deutschland sind bereits heute gut. Dies beweist die zunehmende Stiftungstätigkeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Bundesweit werden zahlreiche Stiftungsprofessuren eingerichtet, deren Finanzierung nach meist wenigen Jahren durch die öffentliche Hand fortgeführt wird. Die derzeitigen Probleme privater Stiftungen im Zuge der Finanzkrise bergen große Risiken für die geförderten Bereiche, können aber kaum durch politisches Handeln verhindert werden. Auch weil viele private Finanzierungsmodelle instabil sind, setzt die LINKE auf die finanzielle Stärkung der öffentlichen Bildung und Forschung.